



**Solidarité
sans frontières**

SEITE 3

Autoritäre Wen- de in den USA

ICE: Trumps
politische Polizei

SEITEN 4 – 5

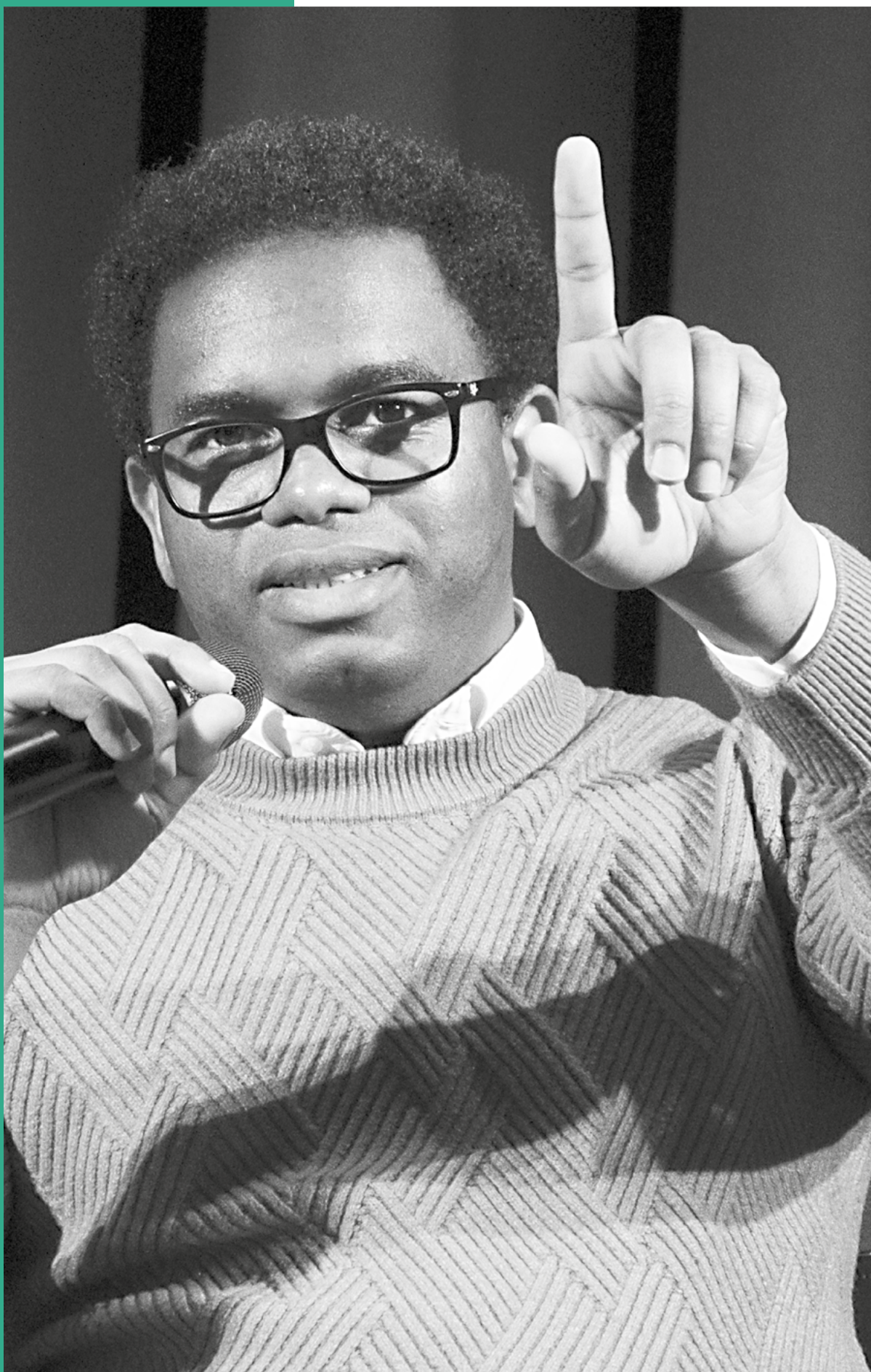
Räume des Widerstands

LGBTIQ+-Per-
sonen in einem
feindseligen
Asylsystem

SEITEN 7 – 10

Dossier: Kon- gress der Asyl- und Migrations- bewegung

Vernetzung
zwischen Wut
und Zuversicht



Editorial

Alle, die im November am von Solidarité sans frontières organisierten Kongress der Asyl- und Migrationsbewegung teilgenommen haben, denken gern an die besondere Atmosphäre dieser beiden Tage zurück: eine seltene Mischung aus Wut und Zuversicht, Entschlossenheit und Neugier. Offenheit und Solidarität paarten sich mit der Überzeugung, dass gemeinsames Handeln nötig ist, damit aus vielen einzelnen Kämpfen mehr als die Summe ihrer Teile wird.

Im vorliegenden Bulletin blicken wir auf diesen inspirierenden Moment zurück. Nicht aus Nostalgie, sondern weil er als Gegenbild nötig ist. Denn der Start ins Jahr 2026 zeigte mit brutaler Klarheit, wie schnell das aktuelle migrationspolitische Klima in offene Gewalt umschlägt – in der Schweiz, in Europa und in den USA.

Mehrere Beiträge blicken zurück auf die Workshops und Diskussionen des Kongresses. Auf den Seiten 4 und 5 analysieren King O. Sibö und Marc Cyrill Baumgartner den besonders diskriminierenden Umgang mit LGBTQ+-Personen im Schweizer Asylsystem und machen deutlich, weshalb zivilgesellschaftliche Räume des Widerstands und der Solidarität in einem feindseligen Asylsystem unverzichtbar sind.

Auch der Kampf gegen Ausschaffungen zieht sich wie ein roter Faden durch dieses Heft. Der Bericht auf Seite 6 greift die am Kongress von Droit de Rester Lausanne und dem Verein Pikett Asyl angestossenen Diskussionen auf und zeigt, wie komplex Ausschaffungsprozesse sind – und wie wichtig eine gemeinsame Analyse der ihnen zugrundeliegenden Machtverhältnisse ist. Zwei weitere Beiträge (S. 11 und 14) verdeutlichen, dass diese Fragen alles andere als abstrakt sind: Wissen über regionale Praxisunterschiede kann zu einem konkreten Instrument des Widerstands gegen Ausschaffungen werden.

Ein Porträt der Anthropologin und Aktivistin Megane Lederrey, die am Kongress einen Workshop zu den Bundesasylzentren leitete, ergänzt diese Perspektiven (S. 15). Im Dossier stellen wir zudem die am Kongress entwickelten Visionen einer anderen Asyl- und Migrationspolitik vor und skizzieren, wie sich Solidarité sans frontières im Wechselspiel von Reflexion und Aktion in Zukunft positionieren will (S. 7 – 10).

Seit dem Kongress hat sich die politische Lage spürbar verschärft. Im Parlament wurden Scheinprobleme konstruiert, um reale Verschärfungen durchzusetzen – etwa mit der Forderung,

Härtefallgesuche erst nach zehn Jahren Aufenthalt zuzulassen und prekäre Lebensbedingungen bewusst zu verlängern (S. 12). Mit der SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» wird erneut ein Bedrohungsszenario aufgebaut, das Migrant:innen zu Sündenböcken macht und zugleich zentrale soziale Errungenschaften wie den Lohnschutz gefährdet (S. 13). Und ein Blick in die USA zeigt, wie schnell autoritäre Sicherheitsrhetorik in faschistoides Handeln umschlagen kann: Dort agiert die ICE zunehmend wie eine Geheimpolizei, deren exzessive Gewalt sich nicht nur gegen Migrant:innen, sondern gegen alle demokratischen Grundprinzipien richtet (S. 3).

Dieses Bulletin spannt also einen Bogen von den hoffnungsvollen Momenten des Kongresses zum düsteren migrationspolitischen Jahresbeginn 2026. Gerade deshalb ist es mehr als ein Rückblick. Es ist eine Erinnerung daran, dass Analyse und Organisation zusammengehören – und dass die im November spürbare Energie jetzt in konkrete Praxis übersetzt werden muss. Zuversicht allein reicht nicht. Aber ohne sie gibt es keinen Widerstand.

(Sn)

Die Bilder in diesem Bulletin stammen von Ursula Markus und wurden am Kongress der Asyl- und Migrationsbewegung aufgenommen, der am 28. und 29. November 2025 im Kulturzentrum PROGR in Bern stattgefunden hat. Wir bedanken uns herzlich bei der Fotografin, dass sie diese beiden unvergesslichen Tage für uns festgehalten hat.



Immigration and Customs Enforcement (ICE): Trumps politische Polizei

Schon 2025 tötete die ICE 32 Menschen. Es waren aber die Hinrichtungen von zwei weissen Aktivist:innen in Minneapolis im Januar 2026, die eine beispiellose Welle von Reaktionen auslösten. Das sagt viel aus über unsere Toleranz gegenüber Gewalt, solange sie andere betrifft.

Laut dem Forscher Lee Morgenbesser ähnelt die ICE den Geheimpolizeien autoritärer Staaten: Sie geht gegen Oppositionelle und Dissident:innen vor, wird von keiner anderen Behörde kontrolliert und untersteht direkt dem Staatsoberhaupt. Die Identität ihrer Mitglieder und ihre Operationen sind geheim, sie ist auf politische Überwachung und Spionage spezialisiert und nimmt willkürliche Durchsuchungen, Verhaftungen und Verhöre, unbefristete Inhaftierungen, Verschleppungen und Folter vor.

«Die Angriffe der ICE richten sich nicht nur gegen Migrant:innen, sondern gegen alle Menschen, denen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit am Herzen liegen.»

Die ICE existierte schon lange vor Trump, sie entstand in Folge des National Security Acts, als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001. Sie deportiert und tötet schon seit Jahren. Die Obama-Regierung ist für 3

Millionen Ausschaffungen verantwortlich. Unter Trump ist die ICE aber zweifellos massiver und sichtbar gewalttätiger geworden. Und vor allem zu einem Propagandainstrument des Trump-Regimes.

Minneapolis gehört zu den sogenannten *sanctuary cities*, die kommunalen Behörden arbeiten also nicht aktiv mit der Einwanderungsbehörde zusammen. Dass der Sozialstaat dort funktioniert und Migrant:innen ohne Papiere geschützt werden, ist für den Trumpismus ein Affront. Es ist ein schlagender Beweis gegen den Sicherheitsdiskurs und die Rhetorik des inneren Feindes. Die Gestapo-Funktion der ICE ist nur die Kristallisation der Machtverhältnisse unter der neuen US-Regierung. Die Angriffe der ICE richten sich nicht nur gegen Migrant:innen, sondern gegen alle Menschen, denen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit am Herzen liegen.

Ableiten in den Faschismus

Durch Trumps Rückkehr an die Macht stieg die Toleranz gegenüber Gewalt, die bereits in den Jahren zuvor zugekommen hatte. Gleichgültigkeit gegenüber Gewalt, solange sie Menschen betrifft, die allein deshalb als gefährlich eingestuft werden, weil sie nicht Teil der nationalen Gemeinschaft sind, ist ein gefährlicher Präzedenzfall.

Und seien wir ehrlich: Auch wir sind bereits so weit. Die Schweizer Ausschaffungspolitik ist brutal, die SVP ist dabei, das Parlament davon zu überzeugen, den Informationsaustausch zwischen den Sozialversicherungen und den Migrationsbehörden zu genehmigen, was Tausende von Sans-Papiers in Gefahr bringen wird. Die Granatwerfer, die die ICE gegen Demonstrant:innen einsetzt, werden von der Firma B&T in Thun hergestellt.

Wer dem Faschismus keinen Millimeter nachgeben will, muss die Sicherheitsrhetorik vom inneren Feind radikal ablehnen. Die Vorstellung, dass es Illegale und Nicht-Illegale gibt, ist ein wesentlicher Bestandteil davon. Je weiter der Autoritarismus voranschreitet, desto subversiver wird die Vorstellung, dass die Erde ein Gemeingut und Bewegungsfreiheit ein politisches Ziel ist. Sie ist jedoch mehr als notwendig, um eine Welt ohne Faschismus zu verwirklichen.

(Sg)



Räume des Widerstands

LGBTIQ+-Personen in einem feindseligen Asylsystem

Trotz wiederholter Verurteilungen durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wendet die Schweiz weiterhin diskriminierende Praktiken in Asylverfahren von LGBTIQ+-Personen an. Während die Behörden versagen, schafft die Zivilgesellschaft Räume des Widerstands und der Solidarität.

Dreimal wurde die Schweiz vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) bereits verurteilt, weil sie in Asylverfahren von LGBTIQ+-Personen das Argument der Diskretion geltend gemacht hatte: Im Jahr 2018 im Fall *I.K. gegen die Schweiz*, im Jahr 2020 im Fall *B. und C. gegen die Schweiz* und im Jahr 2024 im Fall *M.I. gegen die Schweiz*. In jedem der drei Fälle bekräftigte der EGMR, dass es mit der Anerkennung eines so grundlegenden Merkmals der Identität unvereinbar ist, von Personen zu verlangen, dass sie diskret leben, um Verfolgung zu vermeiden.

Trotz dieser Verurteilungen rückt die Schweiz nicht von dieser Praxis ab. Das kürzlich ergangene Urteil des Bundesverwaltungsgerichts E-1805/2025 belegt dies: Einem homosexuellen Mann aus Kamerun wurde das Asyl mit der Begründung verweigert, dass «nicht als erwiesen angesehen werden kann, dass er heute in Kamerun als homosexuell identifizierbar wäre. Es gibt keine objektiven Anhaltspunkte dafür, dass seine sexuelle Orientierung den Behörden bekannt wäre.»

Diese Argumentation ist besonders schockierend, da der EGMR wiederholt festgestellt hat, dass immer die Gefahr einer unbeabsichtigten Entdeckung besteht – sei es durch Gerüchte, durch Unachtsamkeit oder weil die Person sich nicht an soziale Normen halten kann (z.B. heiraten und Kinder bekommen). Darüber hinaus widerspricht eine solche Argumentation dem Grundprinzip der Flüchtlingskonvention, wonach Schutz gerade dann gewährt werden muss, wenn eine Person aufgrund eines geschützten Merkmals von Verfolgung bedroht ist.

Infragestellung der sexuellen Orientierung

Nach wiederholten Verurteilungen durch den EGMR, aber auch aufgrund der anhaltenden Kritik von Verbänden an dieser Praxis, scheint das Staatssekretariat für Migration (SEM) nun eine andere Strategie zu verfolgen: Es stellt die sexuelle Orientierung oder die Geschlechtsidentität von asylsuchenden Personen an sich in Frage. Diese Entwicklung war vorhersehbar und

«Das SEM scheint nun eine andere Strategie zu verfolgen: Es stellt die sexuelle Orientierung oder die Geschlechtsidentität von asylsuchenden Personen an sich in Frage.»

wurde nach der formellen Abschaffung des Diskretionsarguments auch in anderen Ländern beobachtet.

Der Workshop «Unterstützung von LGBTIQ+-Personen in einem feindseligen Asylsystem» am Kongress der Asyl- und Migrationsbewegung in Bern dokumentierte diese beunruhigende Entwicklung. Vertreter:innen von Organisationen, die sich für LGBTIQ+-Personen einsetzen und mit ihnen kämpfen – Queeramnesty, Asile LGBTIQ+ und Safe(r)Space Neuchâtel – zeigten auf, dass das SEM nicht über die notwendigen Kompetenzen verfügt, um solche Gesuche zu beurteilen.

Im Workshop wurden zahlreiche Beispiele aus Anhörungsprotokollen vorgestellt, die eine mangelnde Sensibilität bezüglich der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität aufzeigen: problematische Fragen, das Fehlen eines vertrauensvollen Klimas ebenso wie eine

reduktive und eurozentrische Sichtweise darauf, wie Menschen ihre sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität ausdrücken müssen, um vom SEM als LGBTIQ+ wahrgenommen zu werden, was zu ungerechtfertigten negativen Entscheidungen führt. Die 2019 eingeführten beschleunigten Verfahren verschärfen diese Situation noch.

Inkonsistente und demütigende Bewertungspraktiken

Wie bewertet man also, ob die sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität einer Person glaubwürdig ist? Das ist schlicht nicht möglich. Dennoch versuchen es die Behörden. Die Antragsteller:innen werden mit indiskreten Fragen zu ihrem Privatleben konfrontiert und aufgefordert, ihre Homosexualität durch detaillierte Schilderungen zu «beweisen». Es wird nach «Unstimmigkeiten» gesucht, ohne zu berücksichtigen, dass es für viele Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität verfolgt wurden, äusserst schwierig ist, über diese zu sprechen – insbesondere, wenn sie deswegen verfolgt wurden.

Denn Verfolgung kann dazu führen, dass man Angst hat, als LGBTIQ+ erkannt zu werden. So wird es zu einer Überlebensstrategie, zu schweigen und die eigene Identität, das eigene Selbst zu leugnen. Von den Behörden wird Schweigen im Rahmen von Asylverfahren allerdings als mangelnde Glaubwürdigkeit gewertet.

Hindernisse im aktuellen Verfahren

Die Asylreform von 2019 hat besonders schädliche Auswirkungen auf LGBTIQ+-Personen. Einerseits wurde das Verfahren mit Hilfe von sehr kurzen Fristen beschleunigt, die keinen Platz für die Schilderung intimer Erfahrungen lassen und so die Erfahrungen von LGBTIQ+-Personen unsichtbar machen. Darüber hinaus setzen die Bundesasylzentren, die oft weit entfernt von den urbanen Zentren und LGBTIQ+-Treffpunkten liegen und in denen viele Menschen auf engem Raum



untergebracht sind, LGBTIQ+-Personen der Diskriminierung und Gewalt durch andere Antragsteller:innen aus. Hinzu kommt administrative Gewalt: Misgendering und erzwungene Outings von trans Personen durch Dokumente, ausgehängte Listen und Leibesvisitation.

In einem solchen Kontext ist es für LGBTIQ+-Personen kaum möglich, traumatische Erfahrungen im Zusammenhang mit ihrer Identität zum Ausdruck zu bringen. Wie kann man in einem feindseligen Umfeld, in einem beschleunigten Verfahren, geleitet von Personen, die oft

entdeckt werden kann, ohne sich dabei ausgegrenzt zu fühlen. Problematisch bleibt aber, dass die LGBTIQ+-Community von den abgelegenen Zentren aus nur schwer zu erreichen ist und dass mit den ständigen Transfers von einem Zentrum ins andere eine permanente Entwurzelung einhergeht.

Safe(r)Space Neuchâtel

Der Safe(r)Space Neuchâtel ist ein solcher Raum, der geflüchteten LGBTIQ+-Personen in der Nähe des grössten BAZ der Romandie offensteht. Der Raum wird vom

Stärke der LGBTIQ+-Bewegung immer schon darin lag, sich zu vereinen.

Der Erfahrungsaustausch unter Peers hilft, wieder Vertrauen und Selbstwert aufzubauen. So finden LGBTIQ+-Personen den Mut, sich einem feindseligen Asylverfahren zu stellen und ihre Erfahrungen so zu formulieren, dass das SEM sie versteht. Zwar können wir die Funktionsweise des Asylsystems und die unmenschliche Migrationspolitik, die dahintersteckt, nicht unmittelbar ändern. Wir können aber Räume unterstützen, die helfen, damit umzugehen.

Initiativen wie der Safe(r)Space Neuchâtel, Asile LGBTIQ+ oder Queeramnesty zeigen, dass es Alternativen gibt. Sie beweisen, dass Menschen ihre Identität und Würde zurückgewinnen können, wenn man ihnen einen sicheren Raum, Zeit und wohlwollende Begleitung anbietet.

«Die Möglichkeit, sich frei zu äussern, ist entscheidend, um Zugang zu angemessener Unterstützung und letztlich dauerhaften Schutz zu erreichen.»

keine spezifische Ausbildung haben, ein Klima des Vertrauens schaffen?

Peer-Gruppen als Instrumente des Widerstands

Angeichts dieses feindseligen Systems haben verschiedene Kollektive und Vereine alternative Ansätze entwickelt. Heute gibt es mehrere Räume mit Peer-Gruppen, in denen Erfahrungen ausgetauscht, Vertrauen aufgebaut, an Aktivitäten teilgenommen und die Aufnahmegesellschaft

gemeinschaftlich-aktivistischen Engagement einiger Freiwilliger getragen und hat einmal im Monat geöffnet.

Ziel des Raums ist es, den Stimmen und Anliegen von geflüchteten LGBTIQ+-Personen Gehör zu verschaffen und dabei Selbstbestimmung und Selbstvertrauen zu fördern. Die Möglichkeit, sich frei zu äussern, ist entscheidend, um Zugang zu angemessener Unterstützung und letztlich dauerhaften Schutz zu erreichen. Diese Haltung erinnert auch daran, dass die

King O. Sibö und Marc Cyrill Baumgartner

Weiteres Material und eine Liste der LGBTIQ+-Räume für Geflüchtete in der Schweiz finden Sie auf sosf.ch:



Kampf gegen Ausschaffungen

Vollzugspraxis verstehen, Widerstand vernetzen

Im Workshop «Vernetzung für den Kampf gegen Ausschaffungen» wurde der konkrete Ablauf von Ausschaffungen sichtbar gemacht und eine stärkere aktivistische Vernetzung vorangetrieben.

Ausschaffungen sind keine punktuellen staatlichen Handlungen, sondern komplexe Prozesse, die sich über Wochen, Monate oder Jahre erstrecken. Sie werden von einer Vielzahl staatlicher Stellen organisiert und vollzogen und zugleich von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen begleitet, kritisiert oder zu verhindern versucht. Eine genauere Betrachtung dieser Prozesse zeigt, dass politische Entscheidungen, rechtliche Instrumente und administrative Routinen in der Schweiz regional stark variieren – mit gravierenden Folgen für die betroffenen Personen und jene, die sie unterstützen.

Ein Prozess in drei Phasen

Bereits die Phase vor einer Ausschaffung ist von rechtlicher Unsicherheit und kantonaler sehr unterschiedlichen Praktiken geprägt. Ob Dublin-Überstellungsfristen eingehalten oder verlängert werden, Haft

und von der Bereitschaft einzelner Behörden abhängt, bestehende Entscheidungen tatsächlich zu überprüfen.

Der Tag der Ausschaffung selbst markiert keinen Abschluss dieses Prozesses, sondern dessen Eskalation. Er bündelt polizeiliche, medizinische und administrative Eingriffe und ist häufig von Intransparenz geprägt. Ob Flugtermine kommuniziert werden, welche Zwangsmittel angewendet werden oder ob medizinische Einwände berücksichtigt werden, variiert beträchtlich. Besonders problematisch ist die Praxis von Ausschaffungen aus Krankenhäusern, die grundlegende ethische und menschenrechtliche Fragen aufwirft. Dass solche Ausschaffungen überhaupt durchgeführt werden, zeigt, dass der Anspruch auf einen möglichst effizienten Vollzug zunehmend über den Schutz individueller Rechte gestellt wird.

und faktischen Hürden verbunden. Ausschaffungen entfalten damit transnationale Wirkungen, für die die nationale Rechtsordnung nur unzureichende Antworten bereithält.

Vernetzung und Austausch

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteur:innen besondere Bedeutung. Der Austausch über regionale Praktiken, über funktionierende Strategien ebenso wie über gescheiterte Interventionen ermöglicht es, Muster zu erkennen und vereinzelte Erfahrungen in kollektives Wissen zu überführen. Gleichzeitig zeigt sich eine zentrale Spannung: Vernetzung allein ersetzt keine politische Strategie. Ohne eine gemeinsame Analyse der zugrundeliegenden Machtverhältnisse und ohne klar formulierte politische Ziele besteht die Gefahr, dass Unterstützung reaktiv bleibt und sich an den bestehenden Vollzugslogiken abarbeitet.

Eine kritische Auseinandersetzung mit Ausschaffungen darf sich nicht in der Skandalisierung von Einzelfällen erschöpfen. Sie muss die strukturellen Bedingungen benennen, unter denen Ausschaffungen als Verwaltungspraxis durchgesetzt werden. Vernetzung ist in diesem Sinne kein Selbstzweck, sondern ein politisches Instrument: um regionale Unterschiede zu kennen, politische Verantwortlichkeiten zu benennen und systematische Rechtsverletzungen sichtbar zu machen. Ohne diese politische Zuspitzung werden Ausschaffungen weiterhin als administratives Problem behandelt – statt als das, was sie sind: Ausdruck institutionalisierter Gewalt, der nur kollektiv und über kantonale Grenzen hinweg wirksam entgegengetreten werden kann.

(Sn)

«Ohne eine gemeinsame Analyse der zugrundeliegenden Machtverhältnisse und ohne klar formulierte politische Ziele besteht die Gefahr, dass Unterstützung reaktiv bleibt und sich an den bestehenden Vollzugslogiken abarbeitet.»

angeordnet wird oder sogenannte Ausreisegespräche stattfinden, hängt sehr vom jeweiligen Kanton und von den zuständigen Behörden ab. Diese Unterschiede sind keineswegs nur verwaltungstechnischer Natur. Sie bestimmen, welche Handlungsspielräume Betroffene und Unterstützungsnetzwerke überhaupt haben. Zwar existieren formale Rechtsmittel wie Wiedererwägungs- oder Härtefallgesuche. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass ihre Wirksamkeit stark vom Zeitpunkt der Intervention, vom regionalen Kontext

Auch nach der Ausschaffung endet der staatliche Eingriff nicht. Viele ausgeschaffte Personen sind mit Einreiseverboten, fehlender medizinischer Versorgung im Zielstaat und einer Abhängigkeit von informellen Unterstützungsstrukturen konfrontiert. Zwar besteht theoretisch die Möglichkeit, die Rechtswidrigkeit einer Ausschaffung nachträglich feststellen zu lassen oder gegen Einreiseverbote Beschwerde zu erheben. In der Praxis sind diese Verfahren jedoch mit hohen rechtlichen, finanziellen

Dossier: Kongress der Asyl- und Migrationsbewegung

Vernetzung zwischen Wut und Zuversicht

«Reclaim mobility, freedom, rights» – unter diesem Motto versammelte sich die Asyl- und Migrationsbewegung im November 2025 in Bern. Dieses Dossier zeichnet die dort geführten Debatten nach und leitet daraus Perspektiven für die kommenden Jahre ab.

Der Kongress der Asyl- und Migrationsbewegung im November 2025 war ein gemeinsamer Moment des Innehaltens und der politischen Selbstverständigung. Über zwei Tage hinweg kamen rund 400 Menschen aus der ganzen Schweiz zusammen – aus Basisinitiativen, Kollektiven, NGOs, Gewerkschaften, Kirchen, Forschung, Medienarbeit und selbstorganisierten migrantischen Strukturen. Sie teilten ihre Erfahrungen, verbanden ihre Kämpfe und blickten gemeinsam nach vorne. Zum Vorschein kam dabei eine Bewegung, die tagtäglich und oft unsichtbar Infrastrukturen der Solidarität aufbaut: gegen Ausgrenzung, Entrechtung, rassistische Alltagsstrukturen, Prekarisierung und staatliche Gewalt.

Der Kongress zeigte die grosse Vielfalt der aktuellen migrationspolitischen Kämpfe. In Workshops, Podien und vielen informellen Gesprächen trafen juristische Interventionen auf solidarische Praxis, politische Kampagnen auf Wissensproduktion, lokale Erfahrungen auf überregionale Perspektiven. Migration erschien dabei nicht als isoliertes Politikfeld, sondern als zentraler Aushandlungsraum von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechten. Immer wieder wurde deutlich, dass Grenzregime, Polizeipraxis und institutioneller Rassismus Teil eines Kontinuums von Gewalt sind – symbolisch, psychisch und nicht selten auch körperlich.

Vielfalt der Kämpfe – gemeinsamer Horizont

Gleichzeitig war der Kongress von Ambivalenz geprägt. Neben Wut über politische Verschärfungen, rechte Mobilisierungen und gesellschaftliche Verhärtungen war auch viel Zuversicht spürbar: Zuversicht aufgrund von kollektiver Stärke, neuen Allianzen und einer Bewegung, die sich nicht auf defensive Abwehrkämpfe reduzieren lässt. Viele Diskussionen kreisten um die Frage, wie aus der Vielzahl lokaler Initiativen, thematischer Schwerpunkte und unterschiedlicher Strategien eine gemeinsame politische Perspektive entstehen kann – ohne Unterschiede zu nivellieren oder Konflikte auszublenden.

Der Kongress öffnete einen Raum, in dem genau diese Herausforderungen sichtbar und verhandelbar wurden. Nicht als abschliessende Standortbestimmung, sondern als offener Prozess der Vernetzung, der gegenseitigen Stärkung und der kollektiven Reflexion. Das vorliegende Dossier knüpft an diesen Prozess an. Es blickt auf zentrale Momente des Kongresses zurück und fragt danach, was aus diesen für die Zukunft der Asyl- und Migrationsbewegung gewonnen werden kann.

(Sn)



Auf kongress.sosf.ch finden Sie die Präsentationen und weitere Materialien vieler Workshops zum Download:

Zukunft der Asyl- und Migrationsbewegung

Visionen auf dem Prüfstand

Die Plenumsveranstaltung am Kongress der Asyl- und Migrationsbewegung war ein Moment der Selbstreflexion. Die Debatte machte sichtbar, wo die Bewegung heute steht – und wie sie zugleich nach Wegen sucht, wieder offensiver zu agieren.

Der Kongress der Asyl- und Migrationsbewegung im November 2025 brachte eine Bewegung zusammen, die trotz anhaltender politischer Angriffe, stetiger Gesetzesverschärfungen und gesellschaftlicher Polarisierung weder sprachlos noch resigniert ist. An der zentralen Podiumsdiskussion des Kongresses wurden zwar keine fertigen Antworten präsentiert, dafür aber ein kollektiver Denkraum eröffnet: ein Versuch, unterschiedliche Erfahrungen, politische Perspektiven und strategische Zugänge miteinander ins Gespräch zu bringen – und sie mit der Realität eines zunehmend repressiven migrationspolitischen Klimas zu konfrontieren.

Schon die Einleitung von Moderator Guy Zurkinden verdeutlichte, vor welchem Hintergrund das Podiumsgespräch geführt wurde. Zurkinden beschrieb die politische Landschaft als geprägt von rassistischer Normalisierung, dem Erstarken der extremen Rechten, institutioneller Gleichgültigkeit gegenüber dem Sterben an den Grenzen und einer Asylpolitik, die

jetzt!», diskutierte politische Teilhabe als Machtfrage. Geflüchtete seien nicht länger Objekte politischer Entscheidungen, sondern politische Subjekte, bereit, Verantwortung zu übernehmen. Teilhabe dürfe nicht symbolisch bleiben, sondern müsse strukturell verankert werden – nicht aus Grosszügigkeit, sondern weil Demokratie, Gesellschaft und Zusammenleben davon profitieren. Die Forderung «Mit uns, nicht über uns» erhielt so eine explizit politische Zuspitzung.

Einen radikal menschenrechtlichen Horizont entwarf Lea Hungerbühler, Anwältin und Präsidentin von AsyLex. Ihre Vision zielte paradoxerweise auf das eigene Überflüssigwerden: auf eine Zukunft, in der Menschen Schutz erhalten, ohne kämpfen zu müssen, in der Kinder ohne Angst zur Schule gehen, Familien zusammenleben können und Menschen nicht mehr aufgrund ihres Aufenthaltsstatus kontrolliert, inhaftiert oder entrechtet werden. Nicht von einer «Flüchtlingskrise» müsse gesprochen werden, sondern

gelebter Gegenentwurf zu Bürokratie, Misstrauen und Ausschluss und ein Erfahrungsraum, in dem eine andere Gesellschaft bereits Realität ist.

Hilmi Gashi, Gewerkschafter bei der Unia, Vorstandsmitglied von Solidarité sans frontières und engagiert in der Demokratie-Initiative, verortete die Debatte explizit im Kontext der postmigrantischen Schweiz. Migration sei keine Ausnahme, sondern Normalität. Demokratie-defizite entstünden dort, wo ein Viertel der Bevölkerung von politischen Rechten ausgeschlossen bleibe. Mit Blick auf die Demokratie-Initiative plädierte er dafür, die politische Erzählung nicht den Rechten zu überlassen, sondern stattdessen selbst wieder offensiv zu werden – auch

«Mehrfach wurde gefordert, den Fokus wieder zu verschieben: weg vom reinen Reagieren, hin zu einer offensiven politischen Agenda.»

Kontrolle systematisch über Schutz stellt. Der Anspruch des Podiums war jedoch nicht, sich im Lamento zu verlieren, sondern Visionen für die Zukunft zu formulieren – und sie zugleich einer Realitätsprüfung zu unterziehen.

Fünf Stimmen, fünf politische Zugänge

Fünf Podiumsbeiträge eröffneten unterschiedliche, aber miteinander verwobene Blickwinkel auf diese Zukunft. Mahtab Aziztaemeh, Mit-Koordinatorin des Flüchtlingsparlaments und Co-Geschäftsleiterin von «Bildung für alle –

von einer Menschenrechtskrise – und von der Notwendigkeit, Menschenrechte endlich als das zu behandeln, was sie immer sein sollten: universell und unteilbar.

Mit Amine Diare Conde, Gründer von «Essen für alle», rückte die solidarische Praxis in den Mittelpunkt. Seine Ausführungen machten deutlich, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht abstrakt entsteht, sondern dort, wo Menschen füreinander da sind, ohne Fragen zu stellen. So verstanden sei solidarische Freiwilligenarbeit kein karitativer Zusatz und auch keine Notlösung, sondern ein gesellschaftliches Fundament: ein



durch institutionelle Projekte, die neue Allianzen ermöglichen und Handlungsspielräume öffnen.

Einen weiteren Zugang präsentierte Cristina Del Biaggio, Forscherin und Medienarbeiterin. Sie zeigte, wie wissenschaftliche Arbeit, Recherche und transdisziplinäre Zusammenarbeit zu politischen Werkzeugen werden können: dort, wo staatliche Gewalt sichtbar gemacht, Gegenöffentlichkeit hergestellt und Bewegungen mit Wissen ausgerüstet werden. Forschung erschien hier nicht als distanzierte Beobachtung, sondern als Teil politischer Intervention – eng verknüpft mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, Medien und juristischen Kämpfen.

Vom Reagieren zum Agieren

In der anschließenden Diskussion verschob sich der Fokus deutlich. Die Wortmeldungen aus dem Publikum machten jene Spannungen sichtbar, die unter der Oberfläche der vorgestellten Visionen liegen. Eine der zentralen Fragen lautete: Wie kommt die Asyl- und Migrationsbewegung aus der Defensive heraus?

Viele Wortbeiträge beschrieben eine Situation, in der enorm viel Energie in

das Abwehren immer neuer Verschärfungen fließt, während eigene politische Ziele in den Hintergrund geraten. Mehrfach wurde gefordert, den Fokus wieder zu verschieben: weg vom reinen Reagieren, hin zu einer offensiven politischen Agenda. Gleiche Rechte für alle, die hier leben, wurden dabei nicht als fernes Ideal, sondern als demokratische Notwendigkeit angesehen. Angriffe auf migrantische Bevölkerungsgruppen seien immer auch

umkämpft – und müssten gerade von migrantischen Akteur:innen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen stärker besetzt werden.

Wer spricht? Wer wird gehört?

Eng damit verbunden war die Frage nach politischer Repräsentation: Wer spricht, wer entscheidet, wer wird gehört? Mehrfach wurde darauf verwiesen, dass Migrant:innen und Geflüchtete selbst dort,

«Gleiche Rechte für alle, die hier leben, ist kein fernes Ideal, sondern eine demokratische Notwendigkeit.»

Angriffe auf demokratische Grundrechte insgesamt.

Gleichzeitig traten Differenzen zutage. Während einige Stimmen die Zivilgesellschaft als eigentlichen Ort gesellschaftlicher Veränderung hervorhoben und parlamentarische Prozesse skeptisch betrachteten, warnten andere davor, institutionelle Räume kampfflos aufzugeben. Diese seien widersprüchlich und

wo sie thematisiert werden, oft trotzdem nur die Objekte politischer Auseinandersetzungen bleiben. Teilhabe wurde entsprechend nicht als symbolische Einladung verstanden, sondern als reale Machtfrage – mit direkten Konsequenzen für Ressourcen, Sichtbarkeit und politische Prioritäten.

Besonders prägnant war die Debatte um die soziale Frage. Mehrere Wortmeldungen kritisierten, dass migrationspolitische Kämpfe isoliert geführt würden, während soziale Ungleichheit, Arbeitsbedingungen und ökonomische Abhängigkeiten aus dem Blick gerieten. Andere widersprachen einer einfachen Gegenüberstellung und betonten, dass soziale Rechte und Inklusion untrennbar miteinander verbunden seien – insbesondere dort, wo der Aufenthaltsstatus als Sanktions- und Disziplinierungsinstrument eingesetzt wird.

Gerade in diesen Spannungen wurde sichtbar, wo die Bewegung noch keine gemeinsamen Antworten gefunden hat. Die Visionen aber sind da: vielfältig, postmigrantisch, solidarisch. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, sie zu bündeln, politisch zuzuspitzen und in eine kollektive Kraft zu übersetzen, die über das Reagieren hinausgeht. Der Kongress hat gezeigt, dass die Asyl- und Migrationsbewegung nicht am Anfang steht – aber an einem Punkt, an dem Selbstverständigung, Mut und gemeinsame Orientierung ausschlaggebend sein werden.

(Sn)



Ausblick

Solidarité sans frontières zwischen Aktion und Reflexion

Auch nach dem Kongress 2025 machen wir weiter. Der Blick nach vorne wirft aber grundlegende Fragen auf – nach der Rolle von Solidarité sans frontières im Zusammenspiel von Bewegung, Organisation und politischem Prozess.

Der Kongress der Asyl- und Migrationsbewegung 2025 war kein isoliertes Ereignis, sondern Teil eines längeren politischen Prozesses. Er fügte sich in eine Abfolge von Momenten ein, die von Solidarité sans frontières mitorganisiert wurden: öffentliche Mobilisierungen, kollektive Reflexionen, Phasen der Verdichtung und des Innehaltens. Nach der Demonstration «Zwischen uns keine Grenzen!» im Jahr 2024 planen wir für 2026 erneut eine grosse Demonstration. Und 2027 soll – in einem bewussten Wechselspiel von Aktion und Reflexion – erneut ein Kongress stattfinden.

Diese Abfolge ist mehr als ein organisatorischer Kalender. Demonstrationen schaffen Sichtbarkeit, bündeln Wut, Forderungen und Hoffnung im öffentlichen Raum. Kongresse hingegen schaffen Distanz zum unmittelbaren Handlungsdruck, ermöglichen Austausch, Lernen und strategische Klärung. Sie sind Orte, an denen nicht nur Einigkeit, sondern auch Differenzen sichtbar werden können. In diesem Sinn stehen Aktion und Reflexion nicht in Konkurrenz, sondern bedingen einander.

NGO oder soziale Bewegung?

In diesem Wechselspiel stellt sich aber immer auch die Frage nach der Rolle von Solidarité sans frontières selbst. Ist Ssf eine NGO, Teil einer sozialen Bewegung – oder etwas dazwischen? Klassische NGO-Arbeit ist häufig projektförmig organisiert, orientiert an Förderlogiken, Expertise und institutioneller Anschlussfähigkeit. Soziale Bewegungen hingegen leben von Mobilisierung, Selbstorganisation und Konfliktbereitschaft, oft unter prekären Bedingungen. Solidarité sans frontières entzieht sich hier einer eindeutigen Zuordnung – und genau darin liegt ihre besondere Bedeutung und ständige Weiterentwicklung.

Innerhalb der Migrationsbewegung versteht sich Ssf am ehesten als Knotenpunkt oder Plattform: als ein Ort, an dem unterschiedliche Akteur:innen, Praktiken und politische Ebenen aufeinandertreffen können. Basisinitiativen, selbstorganisierte migrantische Gruppen, juristische Organisationen, Gewerkschaften, Forschende, Aktivist:innen und Kampagnenarbeit begegnen sich hier zwar nicht «alle unter einem Dach», aber in einem gemeinsamen Raum. Solidarité sans frontières gibt diesen Zugängen keinen vorgefertigten Rahmen vor, sondern schafft Bedingungen für Austausch, Reibung und Vernetzung.

Spannungen sichtbar machen

Der Kongress 2025 hat diese Funktion deutlich sichtbar gemacht. Er brachte nicht nur bestehende Netzwerke

zusammen, sondern legte auch Spannungen offen: zwischen institutioneller Politik und ausserparlamentarischem Engagement, zwischen sozialer Frage und Inklusionsfrage, zwischen lokalen Kämpfen und dem Wunsch nach schweizweiter Bündelung. Diese Spannungen wurden nicht aufgelöst, sondern ausgehalten. Gerade darin lag eine politische Qualität des Kongresses.

In einem migrationspolitischen Kontext, der zunehmend von Abschottung, autoritären Tendenzen und rassistischer Normalisierung geprägt ist, gewinnt eine solche Rolle an Bedeutung. Solidarité sans frontières tritt dabei nicht als Sprecherin «der Bewegung» auf, sondern stellt die Infrastruktur bereit, die Bewegung ermöglicht. Als Raum, in dem Wissen zirkuliert, Erfahrungen zusammengeführt und gemeinsame Bezugspunkte entwickelt werden können – ohne Differenzen zu glätten oder Hierarchien festzuschreiben.

«Als Plattform möchte Ssf dazu beitragen, dass aus vielen einzelnen Kämpfen mehr werden kann als die Summe ihrer Teile.»

Ssf als politischer Resonanzraum

Das angekündigte Weiterführen dieses Rhythmus – Demonstration 2026, Kongress 2027 – lässt sich deshalb auch als strategisches Angebot lesen: an eine Bewegung, die unter Druck steht, aber nicht stillsteht. An eine Bewegung, die sowohl öffentliche Zuspitzung als auch kollektive Selbstverständigung braucht. Solidarité sans frontières positioniert sich in diesem Prozess weder über der Bewegung noch ausserhalb von ihr, sondern inmitten dieser Dynamiken: als eines der verbindenden Elemente, als Ermöglicherin, als politischer Resonanzraum.

Vielleicht lässt sich die Frage, ob Solidarité sans frontières eher NGO oder Teil einer sozialen Bewegung ist, gerade deshalb nicht eindeutig beantworten. Ihre Stärke liegt darin, diese Unterscheidung produktiv zu unterlaufen. Als Plattform zwischen Aktion und Reflexion, zwischen Öffentlichkeit und interner Debatte, möchte Ssf dazu beitragen, dass aus vielen einzelnen Kämpfen mehr werden kann als die Summe ihrer Teile – ohne den Anspruch, sie zu vereinheitlichen.

(Sn)



Urteil des Bundesverwaltungsgerichts

Wenn Fristen über Schutz oder Ausschaffung entscheiden

In einem von Pikett Asyl betreuten Fall hat das Bundesverwaltungsgericht kürzlich die unverzügliche Rückkehr einer nach Polen ausgeschafften Familie angeordnet.

Ob eine Person nach einem negativen Entscheid in der Schweiz bleiben darf oder ausgeschafft wird, entscheidet im Dublin-System oft eine Frist: Die Schweiz muss die betroffene Person innerhalb der sechsmonatigen Überstellungsfrist in den zuständigen Dublin-Staat ausschaffen. Nach Ablauf der Frist wird sie selbst für das Asylverfahren zuständig – es sei denn, die Frist wird wegen «Flüchtigseins» auf 18 Monate verlängert.

In der Schweiz werden die Regelungen dazu besonders restriktiv ausgelegt. Bereits geringfügige oder angebliche «Mitwirkungspflichtverletzungen» führen zu Fristverlängerungen.

Das Bundesverwaltungsgericht erklärte im Januar 2026 die Ausschaffung einer Mutter mit ihrem Neugeborenen für rechtswidrig und wies das SEM an, die Familie unverzüglich zurückzuholen. Die Frau war im September 2025 unangekündigt festgenommen, gefesselt und mit ihrem 2.5 Monate alten Baby nach Polen ausgeschafft worden. Der Vater, der als anerkannter Flüchtling in der Schweiz lebt, war daraufhin monatelang von seinem Kind getrennt. Das Gericht stellte nun klar: Die Überstellungsfrist war bereits im Juli 2025 abgelaufen und hätte nicht verlängert werden dürfen.

Erst nach monatelanger Begleitung und zahlreicher Eingaben durch Pikett Asyl konnten Mutter und Kind Anfang Februar 2026 – fünf Monate nach der rechtswidrigen Ausschaffung – zurück in die Schweiz reisen. Dieser Entscheid fiel nicht, weil das System funktioniert hätte. Vielmehr ist er das Ergebnis unermüdlicher zivilgesellschaftlicher Rechtsarbeit. Der Fall zeigt: Abgewiesene Asylsuchende können ihre Rechte häufig nicht allein verteidigen. Es braucht langfristige Begleitung und solidarische Rechtsarbeit – damit Rechtsverletzungen nicht folgenlos bleiben.

Lara Hoeft, Pikett Asyl

Pikett Asyl kämpft langfristig für abgewiesene Asylsuchende und dokumentiert Rechtsverletzungen. Der Verein ist dringend auf finanzielle Unterstützung angewiesen, damit er diese Arbeit in den nächsten Monaten aufrechterhalten kann:
<https://pikett-asyl.ch/de/unterstutzen>



Blick ins Parlament

Vorgetäuschte Probleme mit katastrophalen Folgen

In der jüngsten ausserordentlichen Session zum Thema Asyl wurde eine Motion von Christoph Riner und Jakob Stark, beide SVP, behandelt, die beabsichtigt, dass sogenannte «Härtefallregelungen» erst nach zehn Jahren Aufenthalt in der

nur der betroffenen Personen, sondern der gesamten Gesellschaft weiter verschlechtert. Eine Verlängerung der prekären Bedingungen der Nothilfe und der gekürzten Sozialhilfe mit F-Ausweis hat reale Konsequenzen: Die Integration wird erschwert

ganze Jahr über demontieren, überlastet ist.

Aber seit Jahren okkupiert die SVP die Debatten im Parlament mit einer Flut von ungerechten und oft unwirksamen Vorschlägen. Die bürgerlichen Parteien, die zunehmend Wähler:innenstimmen verlieren, glauben, mit «entschlossenem Auftreten» in Asylfragen wieder Boden gutmachen zu können. Offensichtlich haben sie dazu diesmal die SVP-Motionen Stark/Riner ausgewählt. Die Gefahr ist gross, dass diese im Parlament angenommen werden.

Wie oft muss man es noch sagen? Das Original zu kopieren, funktioniert nicht. Sich auf das Terrain der SVP zu begeben, hilft nicht, um bei den Wahlen aufzuholen. Vielmehr sorgt es dafür, einen rassistischen und entmenslichenden Diskurs zu normalisieren.

(Sg)

«Zielführender wäre es, das Gegenteil von dem zu tun, was die SVP fordert. Regularisierungen müssten Priorität haben.»

Schweiz beantragt werden können. Die derzeitige Sperrfrist von fünf Jahren sei «ein falscher Anreiz».

Betroffen wären Personen, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, Sans-Papiers sowie vorläufig Aufgenommene. Die derzeitige Praxis ist jedoch bereits äusserst restriktiv. Laut der SFH gibt es jedes Jahr durchschnittlich genauso viele bewilligte Härtefallgesuche wie aufgehobene vorläufige Aufnahmen.

Eine Massnahme also, die keine Probleme löst, sondern die Situation nicht

oder sogar verunmöglicht, die unwürdigen Lebensbedingungen führen zu Gesundheitsproblemen und die Kosten für die Kantone steigen.

Zielführender wäre es stattdessen, das Gegenteil von dem zu tun, was die SVP fordert. Regularisierungen müssten Priorität haben. Daraus ergäben sich Zukunftsaussichten für Selbstständigkeit, Arbeit und Kindererziehung. Paradoxerweise vor allem auch für einen früheren Ausstieg aus dem Asylbereich. Genau dem Bereich, der laut denen, die ihn das

Volksinitiative der SVP

«Keine 10-Millionen-Schweiz»: Eine Gefahr für alle

Die Initiative gibt vor, das Bevölkerungswachstum zu begrenzen, um die Lebensbedingungen zu verbessern. Ihr eigentliches Ziel ist es aber, die Bevölkerung zu spalten, Migrant:innen zu stigmatisieren und Lohndumping Tür und Tor zu öffnen. Alle Menschen, die in der Schweiz arbeiten, ob mit Pass oder ohne, sind direkt bedroht.

Die Rhetorik einer «überfüllten Schweiz» ist eine vereinfachende und widerwärtige Antwort auf die Sorgen der Mehrheit der Bevölkerung. Ja, viele

durch die flankierenden Massnahmen zum Freizügigkeitsabkommen gewährleistet, nicht durch ein Gesetz. Diese flankierenden Massnahmen verpflichten alle Unternehmen, ob schweizerische oder ausländische, zur Einhaltung der Gesamtarbeitsverträge. Dadurch können Missbräuche sanktioniert werden. Dank dieser Kontrollen werden beispielsweise jedes Jahr 50 Millionen Franken an benachteiligte Arbeitnehmer:innen zurückbezahlt.

«Die Probleme, die die Initiative zu lösen vorgibt, werden nicht von Migrant:innen verursacht.»

von uns haben Angst angesichts der Verschlechterung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die zunehmenden Sorgen um die eigene Zukunft und die Zukunft der Kinder ist spürbar.

Ein unwürdiges Manöver

Ausländer:innen zu Sündenböcken zu machen, ist jedoch keine Lösung und ein unwürdiges Manöver. Denn die Probleme, die die Initiative zu lösen vorgibt, werden nicht von Migrant:innen verursacht. Die hohen Mieten sind hauptsächlich auf Immobilienspekulationen zurückzuführen, und Staus und der Druck auf die öffentlichen

Sollte die Initiative angenommen werden, würde dieser Mechanismus durch einen Dominoeffekt zerstört werden. Die Initiative sieht nämlich die Aufhebung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit vor. Damit würde auch das notwendige Instrument zum Schutz der Löhne in der Schweiz wegfallen, und die Arbeitnehmer:innen wären die ersten Opfer.

Die Stimmberechtigten müssen sich über eines im Klaren sein: Die Gewerkschaften, die mit aller Kraft die Interessen der Menschen verteidigen, die von ihrem Lohn leben, warnen davor, dass dieses System in Gefahr ist – und dass es gestärkt und nicht zerstört werden muss!

«Lasst uns laut und deutlich sagen, dass die Schweiz kein Jagdrevier für Lohndumping und soziale Spaltung ist.»

Dienste hängen von der Planung ab, nicht von der Anzahl der Einwohner:innen. Um es klar zu sagen: Nachhaltige Lösungen erfordern öffentliche Investitionen, die Bekämpfung von Spekulation, Umverteilung und sozialen Schutz. Zumal die Bevölkerung altert und dringende Bedürfnisse hat, insbesondere in Bezug auf Gesundheit und die Zugänglichkeit öffentlicher Dienstleistungen.

Noch in diesem Jahr werden wir über die SVP-Initiative abstimmen. Es bleiben nur noch wenige Monate Zeit, um diese Botschaft bekannt zu machen, abzustimmen und Nein zu sagen, um diesen gefährlichen Angriff zu verhindern. Lasst uns laut und deutlich sagen, dass die Schweiz kein Jagdrevier für Lohndumping und soziale Spaltung ist. Lasst uns zeigen, dass die Schweiz, die wir wollen, ein Land ist, in dem alle Menschen in Würde von ihrem Lohn leben können. Lasst uns mobilisieren!

Das wahre Risiko

Ohne dies ausdrücklich zu sagen, bedroht die Initiative zudem eine grundlegende soziale Errungenschaft: den Lohnschutz. Heute wird die Kontrolle des Lohndumpings in vielen Branchen

Marie Saulnier Bloch

Nationale Sekretärin Migration/International der Gewerkschaft Unia

Berichte der burundischen Zivilgesellschaft

Burundi ist kein sicheres Land für Oppositionelle

Die Republik Burundi in Ostafrika steckt seit über zehn Jahren in einer politischen Krise und ist geprägt von Autoritarismus. Die Zivilgesellschaft leistet Widerstand.

In Burundi sind alle Personen gefährdet, die sich gegen die Regierung stellen, sie kritisieren oder als Kritiker:innen wahrgenommen werden. Zahlreiche Journalist:innen, Menschenrechtsaktivist:innen und Mitglieder der Zivilgesellschaft

Burundier:innen, die aus dem Exil zurückgekehrt sind.¹ Darin werden 17 symbolträchtige Fälle beschrieben, die zwischen 2018 und 2025 dokumentiert wurden. Die Auflistung ist erschreckend: willkürliche Verhaftungen, Entführungen und sogar eine aussergerichtliche Hinrichtung.

«Die Auflistung ist erschreckend: willkürliche Verhaftungen, Entführungen und sogar eine aussergerichtliche Hinrichtung.»

27 zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter FOCODE, haben im Dezember 2025 einen Brief an die Schweizer Behörden geschrieben, in dem sie vor den Menschenrechtsverletzungen warnen, die mit der Rückführung burundischer Staatsangehöriger einhergehen können.²

haben das Land – dank einer Änderung der Visumpolitik Serbiens im Jahr 2022 – bereits verlassen, meist in Richtung Europa.

Seither haben etwa 1400 Burundier:innen in der Schweiz Asyl beantragt. Viele erhielten zunächst einen Dublin-Bescheid, oft in Richtung Kroatien. Diejenigen, die bleiben durften, müssen nun mit einer Rückführung nach Burundi rechnen. Vor dem Bundesverwaltungsgericht und einigen UN-Instanzen sind derzeit Rechtsmittelverfahren hängig.

Fortuné Gaetan Zongo, Sonderberichterstatter für die Menschenrechtssituation in Burundi, hatte das Land 2023 aufgefordert, die Voraussetzungen für eine glaubwürdige Rückkehr der Geflüchteten zu schaffen. Die Regierung hat dies laut eigenen Angaben umgesetzt.

Mehrere Quellen widersprechen dem jedoch. Das FOCODE (Forum für Bewusstsein und Entwicklung) erstellte 2025 einen Bericht über die Repressalien und Gewalttaten gegen

Wir stellen Ihnen diesen Bericht und den Brief vor, weil sie von brennender Aktualität sind. Die Schweiz hat im Jahr 2026 bereits drei Personen nach Burundi ausgeschafft. Der Kontakt zu den Betroffenen ist schwierig, sie fürchten um ihre Sicherheit und versuchen um jeden Preis, das Land wieder zu verlassen.

Aber der Widerstand formiert sich. Das Kollektiv der Burundier:innen in der Schweiz hat im Februar bereits eine Demonstration in Lausanne organisiert. Weitere werden zweifellos folgen. Wir halten Sie auf dem Laufenden.

(Sg)

¹ <https://focode.org/ethan/pdf/Unlaisserpassederetourquinepassepas.pdf>

² <https://burundihrdcoalition.org/lettre-societe-civile-burundaise-a-la-suisse-contre-le-refoulement-des-burundais-demandeurs-dasile/>

IMPRESSUM

BULLETIN

SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES

erscheint viermal jährlich

ISSN 2673-768X

Auflage dieser Ausgabe

2500 deutsch / 750 französisch

Beglaubigte Auflage WEMF

2177 deutsch / 538 französisch

Gestaltung und Satz

Graziella Bärtsch und Moana Bischof

Druck und Versand

selva caro druck ag, Flims Waldhaus

Redaktion

Sophie Guignard (Sg), Simon Noori (Sn), Peter Frei (Pf)

Übersetzungen

Sosf

Lektorat

Sosf

Fotos

Ursula Markus

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe
17. April 2026

Wir behalten uns vor, Leser:innenbriefe zu kürzen

Mitgliederbeitrag 2026 inkl. Abo

Verdienende Fr. 70.– / Paare Fr. 100.– /

Nichtverdienende Fr. 30.– /

Organisationen Fr. 120.–

Abo

Einzelpersonen Fr. 30.– / Organisationen
Fr. 50.–

Herausgeberin

Solidarité sans frontières

Schwanengasse 9

3011 Bern

(Zusammenschluss AKS/BODS)

Telefon 031 311 07 70

sekretariat@sosf.ch

www.sosf.ch

PC-Konto 30-13574-6

IBAN CH03 0900 0000 3001 3574 6

BIC POFICHBEXXX

Megane Lederrey

Ein Blick hinter die Kulissen der Bundesasylzentren

Die Anthropologin Megane Lederrey hat mehrere Monate lang in Bundesasylzentren geforscht und nun ein Buch im Verlag La Veilleuse veröffentlicht. Ihre Schilderungen sind reichhaltig, dicht und atemberaubend.



Foto: Vicky Althaus

Als Leser:in begleiten Sie Megane bei ihren Besuchen in den Bundesasylzentren der Romandie. Sie gehen durch kalte, graue Flure und hören den Angestellten zu, die Ihnen mit einem Lächeln erzählen, welch grossartige Arbeit sie leisten. Wenn Megane jedoch mit Menschen spricht, die dem gefängnisartigen Regime der Asylzentren des

Bundes unterworfen sind, spüren Sie, wie Ihnen die Wut den Atem raubt.

«Lange nachdem das Zentrum hinter mir verschwunden ist, haftet mir noch immer das Gefühl an, man habe mir ein idyllisches Ferienlager verkaufen wollen», schreibt die Anthropologin an einer Stelle. Die Lektüre ist aufschlussreich, weil Megane im Laufe des Textes ihre Emotionen und Reaktionen offenbart. Obwohl sie seit langem in der Asylbewegung aktiv ist, ist sie im Laufe ihrer Forschung immer wieder überrascht. Sie recherchiert und vergleicht verschiedene Perspektiven und räumt den Erzählungen ihrer Gesprächspartner:innen einen hohen Stellenwert ein.

Das Kapitel über die Mitarbeiter:innen in den Zentren ist deshalb besonders aufschlussreich und einzigartig. Die Angestellten der ORS (dem privaten Unternehmen, das in den BAZ für die Betreuung zuständig ist) sind vertraglich verpflichtet, keine Informationen über ihre Arbeit preiszugeben. Auch für andere Berufsgruppen ist es aus Angst vor Konsequenzen schwierig, sich zu äussern. Megane gelingt es aber, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen und so die Aussagen von etwa zwanzig (ehemaligen) BAZ-Mitarbeiter:innen zu sammeln. Deren Berichte verdeutlichen das systemische Ausmass der in den BAZ stattfindenden Gewalt. Die Beschäftigten werden vom «System BAZ» ebenso misshandelt wie die Bewohner:innen. Absurde Vorschriften, Personalmangel, eine Atmosphäre des Misstrauens und der Denunziation, erschöpfende Arbeitszeiten, prekäre Bedingungen: all das macht die BAZ zu Maschinen der Entmenschlichung.

ANZEIGEN

- 1 Klima-Streik**
- 1 Yoga-Retreat**
- 2 Kurzstreckenflüge**
- 1 WOZ-Abo**

Dein Leben wird widersprüchlicher.
Dein Anspruch an eine gute Zeitung bleibt.



WOZ – eine Zeitung fürs Leben.
Jetzt abonnieren.
woz.ch/abo

WOZ

selva caro druck ag

hier entsteht druck, der eindruck macht.
ein besonderer ort – mitten in der natur von flims waldhaus.

druck mit herz und präzision

als kleines, flexibles team setzen wir ihre aufträge mit leidenschaft und sorgfalt um. mit erfahrung, sorgfalt und spass an der arbeit begleiten wir projekte von der ersten idee bis zum fertigen druckprodukt.



7018 Flims t 081 911 22 55 mail@selvacaro.ch www.selvacaro.ch

Die Bundeszentren sind seit ihrer Gründung in aller Munde, insbesondere aufgrund der zentralen Rolle, die ihnen nach der Asylrevision von 2019 zukommt. Aber vielleicht ist Meganes Buch das erste, das sie in fast all ihren Facetten gleichzeitig beschreibt.

«Absurde Vorschriften, Personalmangel, eine Atmosphäre des Misstrauens und der Denunziation: all das macht die BAZ zu Maschinen der Entmenschlichung.»

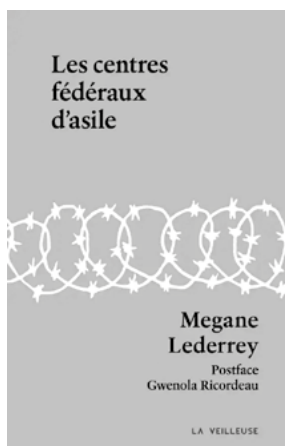
Eines wird darin besonders deutlich: Die Bundesasylzentren dienen der Sortierung und Verwaltung von Leben, und nicht dem Schutz von Menschen in Gefahr. Die Zentren sind ein Rädchen unter vielen im Räderwerk der Grenzgewalt. So fordert die Anti-Gefängnis-Forscherin Gwenola Ricordeau im Nachwort auch dazu

«Die Bundesasylzentren dienen der Sortierung und Verwaltung von Leben, und nicht dem Schutz von Menschen in Gefahr.»

auf, Gefängnisse und Asylzentren gemeinsam zu betrachten, da beide «räumliche Ungerechtigkeiten und alle anderen Formen von Ungerechtigkeit, die sich daraus ergeben, organisieren».

Nach dem Lesen des Buches wird einmal mehr deutlich, dass von punktuellen Verbesserungen des Alltags in den BAZ nichts zu erwarten ist. Das System selbst muss abgeschafft werden. Aufnahme muss auf Schutz und Autonomie ausgerichtet werden, anstatt einzig auf Sicherheit und Inhaftierung.

(Sg)



Megane Lederrey (2026):
Les centres fédéraux d'asile.
Postface: Gwenola Ricordeau.
Éditions La Veilleuse.
ISBN 978-2-88978-027-3,
224 Seiten, CHF 30.-,
editionslaveilleuse.ch

Agenda

Juristische Fachtagung: EU-Pakt zu Migration und Asyl

23. MÄRZ 2026, 9:15 BIS 16:45 UHR
HOTEL KREUZ, BERN

Die juristische Fachtagung der SFH widmet sich den Folgen der Einführung des EU-Asylpakts in der Schweiz. Mit Vorträgen u.a. von Lea Hungerbühler (AsyLex) und Adriana Romer (SFH) sowie Workshops u.a. von Corinne Reber (FPA Zürich) und Lara Hoeft (Pikett Asyl) zur AMMV und Simon Noori (Sosf) zur Eurodac-Reform. Anmeldung bis 10. März auf www.fluechtlingshilfe.ch.

Nein zur «10-Millionen-Schweiz-Initiative» der SVP

1. MAI-FEST, 1. BIS 3. MAI 2026
KASERNENAREAL, ZÜRICH

Die Freiplatzaktion Zürich organisiert am 1. Mai-Fest zusammen mit dem Solinetz Zürich eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zur Abstimmung am 14. Juni.

Westschweizer Asyl-Konferenz

9. MAI 2026
MAISON DE QUARTIER SOUS-GARE, LAUSANNE

Die diesjährige Tagung der Conférence Asile Romande befasst sich in Workshops und Plenumsveranstaltungen mit dem Thema «Kinder im Asylsystem».

Vollversammlung von Solidarité sans frontières

29. MAI 2025, AB 18 UHR
BRASSERIE LORRAINE, QUARTIERGASSE 17, BERN

Unsere jährliche Vollversammlung findet dieses Jahr erneut in der Brasserie Lorraine statt. Alle Mitglieder und Interessierten sind herzlich eingeladen. Anmeldung bitte per Mail an: sekretariat@sosf.ch

Grosse Herbst-Demonstration

26. SEPTEMBER 2026, AB 14 UHR
VON DER SCHÜTZENMATTE ZUM BUNDESPLATZ, BERN

Save the date! Das Datum unserer Demonstration im Herbst steht fest. Themen und Forderungen folgen bald auf www.sosf.ch.